

NS-Dokumentationszentrum im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes

- Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus
Antrag Nr. 2208 der Stadtratsfraktion Die Grünen /RL vom 08.09.2000
- Verhandlungen der Stadt München mit dem Freistaat Bayern mit dem Ziel, eine Erinnerungsstätte im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes zu schaffen
Antrag Nr. 5469 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 12.12.2000
- Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer
Antrag Nr. 2390 von Herrn Stadtrat Fricke vom 12.12.2000
- Nach dem Grundsatzbeschluss des Bayerischen Landtags zur Errichtung eines Dokumentationszentrums zur NS-Vergangenheit Münchens: Weitere Schritte zur schnellstmöglichen Umsetzung
Antrag Nr. 3541 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 30.01.2002
- Kann das Dokumentations- und Forschungsarchiv "10. Mai 1933" nach München geholt werden?
Antrag Nr. 3146 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 30.08.2001
- Schaffung eines Dokumentationszentrums der NS-Zeit am Königsplatz
Antrag Nr. 7068 des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 12.03.2002

8 Anlagen:

1. Antrag Nr. 2208
2. Antrag Nr. 5469
3. Antrag Nr. 2390
4. Antrag Nr. 3541
5. Antrag Nr. 3146
6. Antrag Nr. 7068
7. Liste „Salzmann Archiv“
8. Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates
9. Stellungnahme der Stadtkämmerei

Beschluss des Kulturausschusses vom 06.06.2002 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin:

1. Anlass für die Vorlage

Mit Beschluss des Kulturausschusses vom 16.10.2001 wurden die oben genannten Anträge Nr. 2208, 5469 und 2390 aufgegriffen, die neuen Anträge Nr. 3541 und Nr. 7068 beziehen sich auf die Schaffung eines NS-Dokumentationszentrums und werden daher in dieser Vorlage mit behandelt. Ebenso der Antrag Nr. 3146, der die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ des Sammlers Georg P. Salzmann zum Gegenstand hat. Im Einzelnen lauten die Anträge wie folgt:

Antrag Nr. 2208, DIE GRÜNEN/RL

“Die Stadt München errichtet eine würdige Gedenkstätte an einem zentralen Ort in der Innenstadt für die Opfer des Nationalsozialismus und für die wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus Ermordeten. Als Orte hierfür werden insbesondere geprüft: der Königsplatz, der Jakobsplatz bzw. die unmittelbare Umgebung sowie die Möglichkeiten einer Aufwertung des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus. Auch weitere Orte sollen vorgeschlagen werden.

Dieses Vorhaben soll mit allen Opferorganisationen besprochen werden. Ziel wäre die Errichtung bis zum 60. Jahrestag der Befreiung am 30.04.2005.

Für die Ausgestaltung dieser Gedenkstätte soll ein Wettbewerb ausgelobt werden.

Gleichzeitig soll für das ehemalige ‚NSDAP-Parteiviertel‘ zwischen Königsplatz, Karlstraße, Karolinenplatz und Gabelsbergerstraße eine Form der Erinnerung an die von dort ausgegangenen Verbrechen im öffentlichen Raum gesucht und umgesetzt werden. Dies soll eine künstlerische, städteplanerische oder architektonische Gesamtkonzeption sein. Hierfür wird ein Ideenwettbewerb ausgelobt.

In diesem Zusammenhang sind dem Stadtrat Überlegungen für ein Dokumentationszentrum am Königsplatz darzustellen. Es soll aufgezeigt werden, ob Möglichkeiten für ein Dokumentationszentrum in den unterirdischen Anlagen am Königsplatz bestehen oder auf einer der angrenzenden Freiflächen. Auch Vorschläge, die Sockel der ehemaligen „Ehrentempel“ entsprechend zu nutzen, sollen nochmals geprüft werden. In diesem Zusammenhang ist darzustellen, was aus den Wettbewerbsergebnissen von 1990 wurde, wo es um eine geplante Bebauung des Geländes des ehemaligen ‚Braunen

Hauses' ging.

Die Landeshauptstadt München soll mit der Bayerischen Staatsregierung verhandeln in den Fällen, in denen die Gebäude im Besitz des Freistaates sind. Weiterhin soll die Stadt mit der Bundesregierung sowie der Stiftungsinitiative Erinnerung. Verantwortung. Zukunft über Möglichkeiten gemeinsamer Finanzierung verhandeln.“

Antrag Nr. 5469, BA 3 Maxvorstadt

“Die Landeshauptstadt München verhandelt mit dem Freistaat Bayern mit dem Ziel, im unmittelbaren Umfeld des Königsplatzes unter Einbeziehung vorhandener Gebäude eine Erinnerungsstätte (Dokumentationszentrum zur Entwicklung des Nationalsozialismus; Zentrale Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer) zu schaffen.“

Ergänzend dazu hat der BA 3/Maxvorstadt in seiner Sitzung vom 12.03.2002 einen weiteren Antrag, *Nr. 7068*, gestellt, der folgendermaßen lautet:

- Die Landeshauptstadt München trägt dem Landtagsbeschluss vom 22. Januar 2002 auch in Bezug auf den Bezirksausschuss Maxvorstadt Rechnung.
- Bei der Entwicklung des Konzepts und der Planung des Dokumentationszentrums wird der BA Maxvorstadt formal und inhaltlich im einschlägigen Gremium (Kuratorium, Beirat o.ä.) durch eine Vertretung mit Stimmrecht eingebunden.

Antrag Nr. 2390, Stadtrat Fricke

Gedenkstätte für NS-Opfer und Widerstandskämpfer. „Hiermit beantrage ich, dass für eine dem ersten Anlass angemessene würdige und sachgerechte Ausstattung dieser Gedenkstätte angemessene finanzielle Mittel in Höhe von mindestens 100.000 DM zur Verfügung gestellt werden.“

Antrag Nr. 3541, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Nach dem Grundsatzbeschluss des bayerischen Landtags zur Errichtung eines Dokumentationszentrums zur NS-Vergangenheit Münchens werden weitere Schritte zur schnellstmöglichen Umsetzung gefordert. Der Stadtrat möge beschließen:

a.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Freistaat und der Bundesregierung schnellstmöglich in Verhandlungen einzutreten, um zur Begleitung der Errichtung des Dokumentationszentrums über die NS-Vergangenheit ein Kuratorium und einen wissenschaftlichen Beirat einzurichten.

b.

Weiterhin soll der Oberbürgermeister in Verhandlungen über die Trägerschaft und die Finanzierung des Dokumentationszentrums eintreten und hierbei die Finanzierung des Dokumentationszentrums auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg (Drittelfinanzierung) als Grundlage ansehen.

c.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister gebeten, von vorne herein dahingehend zu verhandeln, dass vor der endgültigen Beschlussfassung zur Realisierung eine Öffentlichkeits- und Beteiligungsphase stattfindet.

d.

Das Kulturreferat wird gebeten, die Verwirklichung des Dokumentationszentrums sowie die Realisierung der Geschichtsmeile zwischen Odeonsplatz und Königsplatz engstmöglich zu verzahnen.

e.

Das Planungsreferat wird aufgefordert, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1650, der eine Überbauung der Ehrentempel sowie der Gelände des ehemaligen Braunen Hauses und der ehemaligen päpstlichen Nuntiatur vorsieht, aufzuheben. Das Planungsreferat soll mit dem Freistaat Bayern in Verhandlungen eintreten um die Freiflächen beiderseits der Briener Straße als Grünanlagen und Außenbereich des zu schaffenden Dokumentationszentrums zu gestalten und zugänglich zu machen (vgl. Antrag Nr. 5470 BA-Maxvorstadt).

Die ersten drei Anträge (mit Ausnahme des neuerlichen Antrags Nr. 7068 des BA 3/Maxvorstadt vom 12.03.2002) wurden bereits in der Sitzung des Kulturausschusses vom 16.10.2001 aufgegriffen. Folgendes wurde beschlossen:

a.

Das Kulturreferat wird beauftragt, sich erneut an den bayerischen Staat mit der Frage zu wenden, ob es in der Angelegenheit „Dokumentationszentrum /Königsplatz“ eine Möglichkeit des gemeinsamen Vorgehens geben könnte. In diesem Zusammenhang wird das Kommunalreferat zudem recherchieren, ob in der Nähe des Königsplatzes städtische Gebäude für eine Nutzung bzw. Teilnutzung als Dokumentationsstätte vorhanden sind.

b.

Es wird geprüft, ob in Anlehnung an die „Topographie“-Anträge Nr. 2676 und Nr. 2686 (Frau Stadträtin Monika Renner, Herr Stadtrat Dr. Franz Forchheimer) und im Rahmen eines künstlerischen Gesamtkonzepts eine „Geschichtsstraße“ zwischen Odeonsplatz und Königsplatz markiert werden könnte, die den Weg Münchens in die NS-Diktatur und seine Rolle in der „Hauptstadt der Bewegung“ sinnfällig verdeutlicht.

c.

Zeitgleich mit der Eröffnung der Ausstellung über die NS-Zeit im Münchner Stadtmuseum wird ein Plan in Vogelperspektive herausgegeben. Dieser kommentierte Plan zur

NS-Geschichte Münchens wird aus der informativen Ausstellung hinaus in eine Anschaulichkeit führen, die von vielen immer wieder gefordert wird.

d.

Das Kulturreferat wird drei Mal im Jahr vor allem Baureferat, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Kommunalreferat und Direktorium/Stadtarchiv zu Abstimmungsge-
sprächen über den verbindlichen Umgang mit Gedenktafeln, Informationssäulen u.a. im
öffentlichen Raum bitten.

e.

Das Kulturreferat wird in den nächsten Monaten verstärkt Projekte unterstützen, die
den Diskurs über das Erinnern und die Präsenz von Geschichte im öffentlichen Raum
anregen, fördern und vertiefen.

f.

Das Kulturreferat wird auch gezielt Veranstaltungen unterstützen und veranstalten, die
sich der Frage nach der Notwendigkeit, der Rolle und der Ausgestaltung einer zentra-
len Gedenkstätte/eines zentralen Mahnmals in München widmen. Die unbefriedigende
Situation am Platz der Opfer des Nationalsozialismus sowie die Überplanung des Plat-
zes der ehemaligen Hauptsynagoge ist besonders zu berücksichtigen.

g.

Als Ergebnis des in den Punkten e und f stattfindenden Diskurses sollen Wettbewerbe
zur Gestaltung der Geschichtsstraße zwischen dem Odeonsplatz und dem Königsplatz
sowie evtl. einer zentralen Erinnerungsstätte ausgelobt werden.

h.

Das Kulturreferat wird dem Kulturausschuss einen Sachstandsbericht sowie einen Be-
schluss zum weiteren Vorgehen bis spätestens März 2002 vorlegen.

Antrag Nr. 3146, DIE GRÜNEN/RL

Kann das Dokumentations- und Forschungsarchiv "10. Mai 1933" nach München
geholt werden? Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem Stadtrat wird das Dokumentations- und Forschungsarchiv "10. Mai 1933" dar-
gestellt.
2. Es wird berichtet, welche Verhandlungen bisher mit dem Besitzer und Initiator, Herrn
Georg Salzmann, geführt wurden, um das Archiv für München zu gewinnen.

3. Weiterhin wird dargestellt, in welchem Rahmen das Dokumentations- und Forschungsarchiv "10. Mai 1933" als Präsenz- und Forschungsbibliothek der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte und welche Kosten hierdurch entstehen würden.
4. Die Stadt München sucht mit verschiedenen potentiellen Interessenten einen gemeinsamen Weg, um das Archiv für München zu gewinnen.

2. Vorschläge

Im Folgenden werden ein Sachstandsbericht über die bisherigen Arbeiten des Kulturreferates gegeben und die erzielten Ergebnisse bezüglich der genannten Anträge Nr. 2208, 5469, 7068 und 2390 vorgestellt.

Daneben werden gemäß der Anträge Nr. 3541 und Nr. 3146 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die weiteren Perspektiven und Handlungsspielräume ein NS-Dokumentationszentrum/Königsplatz betreffend geschildert.

Der Sachstand „Salzmann-Archiv“ wird zudem ausführlich dargelegt.

3. Im Einzelnen

Sachstandsbericht zu den Anträgen Nr. 2208, 5469 und 2390 bzw. zu den Punkten a-h auf S. 4 f. dieser Vorlage:

a. (s. S. 4)

Verhandlungen mit dem Freistaat

Entsprechend dem Auftrag des Kulturausschusses wurde das bayerische Kultusministerium um eine Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 31.01.2002 signalisierte das Kultusministerium Offenheit gegenüber der Idee eines Dokumentationszentrums. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass es dafür gründlicher konzeptioneller Vorbereitungen bedürfe. Mit diesem Schreiben wurde der Stadt zudem mitgeteilt, dass künftig zur Planung aller weiteren Schritte die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit der städtische Ansprechpartner sei. Dieser Brief erfolgte nach der entsprechenden Beschlussfassung im Wissenschaftsausschuss des Landtags am 23.01.2002, der folgendes festlegte: „Die Staatsregierung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Stadt München und dem Bund unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und aller zuständigen Behörden und Institutionen ein wissenschaftlich fundiertes Konzept zur umfassenden Darstellung der NS-Vergangenheit der Landeshauptstadt München, insbesondere ihrer Rolle als ‚Hauptstadt der Bewegung‘ und als Ort des Widerstandes, zu erarbeiten.“ Mittlerweile haben bereits mehrere Gespräche mit der Landeszentrale stattgefunden. Eine grundsätzliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Stadt im Konzipierungspro-

zess ist beabsichtigt und vereinbart. Voraussichtlich noch in diesem Jahr werden Stadt und Staat gemeinsam ein oder zwei Symposien zur Rolle Münchens in der NS-Zeit veranstalten und dabei u.a. auch Fragen des Standorts, der Funktion und der Bezüge zu anderen Einrichtungen diskutieren. Die Vorbereitungen dazu haben bereits begonnen.

Recherche nach städtischen Gebäuden und Grundstücken in der Umgebung des Königsplatzes

Vom Kommunalreferat als städtischer Besitz ausgewiesen sind neben dem Lenbachhaus und den Propyläen das Gebäude Luisenstr./Ecke Briener Str.. Dieses beherbergt ein Berufsbildungszentrum und wird von der Bau- und Planungsabteilung des Schulreferats verwaltet. Der Gebäudekomplex wird komplett genutzt.

Das ehemals in städtischem Besitz befindliche Gelände des Heizkraftwerks an der Meiserstr. 8a, das in der Diskussion um ein NS-Dokumentationszentrum immer wieder erwähnt wird, gehört zur Stadtwerke München GmbH und wird in vollem Umfang genutzt. Eine anderweitige Nutzung des Geländes einschließlich aller dort befindlichen Baukörper ist definitiv ausgeschlossen. Der vor allem vom BA Maxvorstadt in die Diskussion gebrachte Standort der dortigen Prüfmessstelle zu Füßen des Kamins wird im Zuge der Auflösung des Standorts „Franzstr.“ sogar erweitert und zur Hauptprüfmessstelle ausgebaut.

Ein letztes, in städtischem Besitz befindliches Areal am Königsplatz ist ein unbebautes, querrechteckiges Stück Grünstreifen von ca. 1.000 qm Ausdehnung, östlich der Antikensammlung zur Arcisstraße hin gelegen. Nach Aussage der verwaltenden Behörde (Baureferat/Gartenbau) ist das Grundstück nutzungsfrei. Allerdings ist es dicht baumbestanden und steht überdies unter Ensemble-Schutz. Eine entsprechende Nutzungsanfrage an die Untere Denkmalschutzbehörde wurde unter Einbeziehung des Heimatpflegers und des Landesamtes für Denkmalpflege behandelt und aus stadtgestalterischen sowie denkmalpflegerischen Gründen grundsätzlich abgelehnt.

Nahezu alle geeigneten Grundstücke und Gebäude im Areal um den Königsplatz befinden sich in staatlichem Besitz. Aus diesem Grund wurde von Seiten des Kultusministeriums darauf verwiesen, dass bereits das Staatsministerium für Finanzen und das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst einbezogen wurden.

b. (s. S. 4)

Entsprechend den genannten Anträgen von Frau Stadträtin Monika Renner und Herrn Stadtrat Dr. Franz Forchheimer sind bereits die Ausschreibungsbedingungen für ein topographisches Konzept im öffentlichen Raum erarbeitet worden. Eine der Bedingungen wird sein zu klären, wie und ob die geplante „Geschichtsmeile“ zwischen Odeonsplatz und Königsplatz Teil dieses Konzepts werden kann.

Der Stadtrat wird dazu baldmöglichst einen Sachstandsbericht erhalten.

c. (s. S. 4)

Der „Vogelperspektivplan“ zur NS-Geschichte ist bereits inhaltlich erarbeitet und steht vor der Drucklegung. Er wird zeitgleich mit der Eröffnung der neuen NS-Abteilung im Stadtmuseum voraussichtlich im Sommer 2002 erscheinen.

d. (s. S. 5)

Die Gespräche mit den Referaten haben stattgefunden. In Abstimmung mit allen Beteiligten wurde bereits ein Konzeptentwurf entwickelt, wie künftig mit Gedenktafeln, Informationssäulen u.a. im öffentlichen Raum umgegangen werden könnte. Dieser Entwurf befindet sich derzeit in Abstimmung und wird nach Anhörung der Bezirksausschüsse dem Stadtrat voraussichtlich noch vor der Sommerpause zur Entscheidung vorgelegt werden.

e. (s. S. 5)

Der Schwerpunkt der Arbeit des Fachgebiets Stadtgeschichte im Kulturreferat lag in den letzten Wochen und Monaten auf der Fragestellung „Geschichte im öffentlichen Raum“. Die entsprechenden Anregungen und Tätigkeiten haben sich u.a. auch in einzelnen Beschlüssen des Stadtrates (s.o.) ausgewirkt. Zudem haben wir entsprechende Veranstaltungen vorbereitet bzw. unterstützt.

f. (s. S. 5)

Das Kulturreferat hat zusammen mit dem Verein Insight e.V. am 27.11.2001 in der TU München eine sehr gut besuchte Veranstaltung zum geplanten Dokumentationszentrum durchgeführt. Wir haben weiterhin die Vorbereitung und Aufstellung der Informationstafel zur Geschichte des Königsplatzes und seiner Umgebung in der NS-Zeit unterstützt und es ermöglicht, dass anlässlich der Enthüllung der Tafel am 26.01.2002 eine Dokumentation erscheinen konnte, die umfangreiche Materialien zur aktuellen Diskussion um ein NS-Dokumentationszentrum liefert. Diese Dokumentation wurde vom BA Maxvorstadt herausgegeben.

Das Kulturreferat hat zudem darauf eingewirkt, dass im Rahmen der Architekturwoche im Juli d.J. Führungen zur NS-Geschichte rund um den Königsplatz angeboten werden. Weiter hat das Kulturreferat zusammen mit dem Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“ am 22.04.2002 in der Universität ein Podiumsgespräch zu den Erwartungen an ein NS-Dokumentationszentrum in München veranstaltet. Teilnehmer waren: Klaus Bäumler (BA 3/Maxvorstadt), Prof. Dr. G. Hockerts (LMU München), Frau Dr. Lauterbach (Zentralinstitut für Kunstgeschichte), Dr. Nachama (Topographie des Terrors/Berlin) und Dr. Hans-Jochen Vogel. Die Perspektiven und Erwartungen an ein solches Haus wurden überdeutlich formuliert. Herr Dr. Hans-Jochen Vogel hat noch am

Ende der Veranstaltung die Ergebnisse der Diskussion – mit einhelliger Zustimmung des Publikums – zusammengefasst. Sie lauten:

Die Versammelten appellieren an den Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München“, die hinsichtlich eines NS-Dokumentationszentrums in München gefassten Beschlüsse ohne Verzögerung umzusetzen, zu diesem Zweck alsbald von unabhängigen Persönlichkeiten ein mit der von der Landeshauptstadt beabsichtigten Dauerausstellung im Stadtmuseum abgestimmtes Konzept ausarbeiten und öffentlich diskutieren zu lassen, und sodann unverzüglich eine konkrete Beurteilung der erforderlichen Baulichkeiten und der in Betracht kommenden Standorte am Königsplatz einzuleiten. Für die Verwirklichung des Zentrums sollte alsbald eine konkrete zeitliche Perspektive festgelegt werden, die auch die Tatsache im Auge behält, dass München im Jahre 2006 im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft Gegenstand internationaler Aufmerksamkeit sein wird.“

Die Frage einer „zentralen Gedenkstätte/eines zentralen Mahnmals in München“ wird erst dann zufriedenstellend erörtert werden können, wenn das NS-Dokumentationszentrum konzipiert ist und über die Bezugs- und Vernetzungspunkte im öffentlichen Raum auf einer inhaltlich fundierten Grundlage diskutiert werden kann.

g. (s. S. 5)

s. Punkt b. und f.

h. (s. S. 5)

Der Sachstandsbericht konnte dem Stadtrat nicht – wie gefordert – bis Ende März vorgelegt werden. Zum Einen ließen dies die erforderlichen Recherchen und sehr umfangreichen Abstimmungen nicht zu. Zum Anderen verfügt das Fachgebiet 10 angesichts der Vielfältigkeit und dem stetig wachsenden Umfang seiner Aufgaben nicht über die personelle Kapazität, um bestimmte notwendige Klärungsprozesse zu beschleunigen.

Zum Antrag Nr. 3541 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

(s. S. 3 f., Punkte a-e)

Folgendes ist vorab festzuhalten:

Das Kulturreferat ist grundsätzlich bestrebt, den Diskussionsprozess um ein neues NS-Dokumentationszentrum zu befördern und mit allen Kräften voran zu bringen. Dies kann zum Einen nur entsprechend den vorhandenen personellen Kapazitäten geschehen. Zum Anderen muss davon ausgegangen werden, dass der Prozess der Abstimmung über die Ziele dieses Hauses und über die Art und Weise, diese zu verwirklichen,

Zeit in Anspruch nehmen wird und nicht innerhalb von wenigen Monaten zu einem Ergebnis führen kann.

Das Kulturreferat wird in den nächsten Wochen auf die Erfahrungen zurückgreifen, die in Nürnberg bei der Konzipierung des dortigen Dokumentationszentrums gemacht worden sind. Zu diesem Zweck hat das Kulturreferat den Leiter des dortigen Zentrums, Herrn Täubrich, gewinnen können, in der nächsten Zeit für die Vorbereitung der nächsten Schritte in München zur Verfügung zu stehen.

a. (s. S. 3)

Wie oben ausgeführt, haben die ersten Gespräche mit Vertretern des Freistaats bereits stattgefunden. Festzuhalten ist, dass die Frage der Zusammensetzung eines Beirates bzw. eines Kuratoriums dann besprochen werden sollte, wenn erste klärende Schritte zur Funktion eines NS-Dokumentationszentrums für München getan sind und deutlicher wird, welche Erwartungen die einzelnen Kooperationspartner haben. Diese ersten Annäherungen an das Thema sollen im Rahmen von einem oder zwei Symposien erfolgen, die in Zusammenarbeit von Staat und Stadt organisiert werden. Eine erste Veranstaltung ist für den Dezember 2002 vorgesehen.

Damit ist auch der Antrag des BA 3/Maxvorstadt Nr. 7068 behandelt, da derzeit eine Festlegung auf die Mitglieder eines möglichen Kuratoriums/Beirat noch nicht erfolgen kann.

b. (s. S. 3)

Der Eintritt in Verhandlungen über die Trägerschaft und die Finanzierung des Dokumentationszentrums sollte so schnell wie möglich erfolgen, um die künftigen Gespräche und Entwicklungen nicht unnötig zu erschweren. Ein Gespräch des Oberbürgermeisters mit den zuständigen Ministern sollte zu diesem Zweck in nächster Zeit erfolgen.

c. (s. S. 4)

Schon jetzt ist es ein Anliegen des Kulturreferates, die Öffentlichkeit so breit wie möglich in den Klärungs- und Diskussionsprozess um das geplante NS-Dokumentationszentrum einzubinden. Davon zeugen einmal die Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat gemacht wurden bzw. in Vorbereitung sind. Zum Anderen finden auf Einladung und koordiniert durch das Kulturreferat regelmäßig Treffen mit Vereinen und Institutionen (z.B. BA 3/Maxvorstadt, Literaturhandlung, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Insight, Weiße Rose Stiftung e.V., KZ-Gedenkstätte Dachau, Evangelische Studentengemeinde u.a.) statt mit der Maßgabe, diese über den aktuellen Sachstand zu informieren, den Meinungsbildungsprozess zu aktivieren und die Teilnehmerinnen/Teilnehmer zu Veranstaltungen anzuregen. Im letzten, dritten Treffen wurden folgende Forderungen für das Vorgehen von Stadt und Staat in den

nächsten Monaten aufgestellt:

- Es muss ein klares politisches Votum der Stadt München zugunsten des NS-Dokumentationszentrums erfolgen.
- Es muss ein Gremium zur Erarbeitung einer geeigneten Verfahrensweise und zur Gestaltung inhaltlicher Vorbereitungen hinsichtlich eines künftigen NS-Dokumentationszentrums für München eingerichtet werden. Dieses Gremium soll sich aus Vertretern der Stadt, des Freistaats und Mitgliedern der oben genannten Gruppe paritätisch zusammensetzen. Kommune, Staat und Vereine/Institutionen entsenden dabei aktive Teilnehmer in gleicher Anzahl, die gleichberechtigt und mit Stimmrecht ausgestattet sind.

In eine ähnliche Richtung geht auch der Antrag Nr. 7068 des BA 3/Maxvorstadt (s. S. 3), der nochmals den Wunsch bekundet, in den Konzipierungsprozess um das NS-Dokumentationszentrum eingebunden zu werden.

d. (s. S. 4)

s. S. 7, Punkt b

e. (s. S. 4)

Am 14.12.1988 hat die Vollversammlung des Stadtrates die Aufstellung eines Bebauungsplanes (Nr. 1650 Briener Straße – beiderseits - zwischen Königsplatz und Karolinenplatz) und die Auslobung eines Wettbewerbes beschlossen. Städtebauliche Ziele waren einerseits, die Neugestaltung des Königsplatzes mit Wiederherstellung des Straßenraumes der Briener Straße und seitens des Freistaates Bayern, die Erweiterung der Musikhochschule und die Schaffung neuer Räumlichkeiten für museale Einrichtungen. Zur Gestaltung des Planungsbereiches wurde 1990 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Von den Ergebnissen erwartete man Antworten auf die Fragen des richtigen Umganges mit der Geschichte respektive Stadtgestaltung, aber auch der Denkmalpflege und des Naturschutzes. Die Ergebnisse des Wettbewerbes wurden dem Stadtrat mit Beschluss vom 2.10.1991 bekannt gegeben. Entgegen der Empfehlung des Preisgerichtes wurde vom Stadtrat beschlossen, aufgrund der kontroversen Diskussion in der Öffentlichkeit die Arbeiten der Preisträger nicht weiter zu verfolgen, sondern im Benehmen mit dem Freistaat nur Vorschläge für städtebaulich relevante Festsetzungen vorzubereiten. Die Planungen werden seit 1992 nicht mehr weiter verfolgt. Die Inhalte des Aufstellungsbeschlusses sind überholt. Gegebenfalls sollten künftige Planungsziele erst nach Abschluss der öffentlichen Diskussion zum Umgang mit der „Geschichte und Erinnern im öffentlichen Raum“ formuliert und in einem Gesamtkonzept eingebunden werden. Es ist jedoch zur Zeit aufgrund der derzeitigen personellen Situation nicht möglich, den Aufhebungsbeschluss - einen doch umfangreichen Verwaltungsakt - vorweg zu betreuen.

Zum Antrag Nr. 3146 von DIE GRÜNEN/RL

Kann das Dokumentations- und Forschungsarchiv „10. Mai 1933“ nach München geholt werden?

1.

Übersicht zum Dokumentations- und Forschungsarchiv „10. Mai 1933“ (s. S. 5)

Das Dokumentations- und Forschungsarchiv „10. Mai 1933“ geht auf eine Privatinitiative des Finanzkaufmanns Georg P. Salzmänn zurück. In mehr als zwei Jahrzehnten hat er nach mühevoller und aufwendiger Recherchearbeit in zahlreichen Buchhandlungen und Antiquariaten auch des gesamten europäischen Auslandes mit dem Einsatz ausschließlich privater Mittel eine Spezialbibliothek von etwa 10.000 Bänden in seinem Gräfflinger Haus aufgebaut. Die Sammlung konzentriert sich auf einen grundsätzlichen Aspekt der NS-Literaturpolitik und umfasst Primär- und Sekundärliteratur zu den von den Nazis nach 1933 verfeimten, verfolgten und ins Exil gezwungenen Schriftstellerinnen und Autoren. Die von den Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 inszenierten Bücherverbrennungen – allein in München mit 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – bildeten den symbolträchtigen Auftakt der folgenden organisierten Hetzjagd und brutalen Verfolgung. Georg P. Salzmänn hat Teile seiner Sammlung bereits in verschiedenen Ausstellungen u.a. der Zentralbibliothek Am Gasteig und der Monacensia zur Verfügung gestellt. Er präsentiert seine Bibliothek in Führungen und hält Vorträge zum Thema in zahlreichen Schulen.

Die „Bibliothek Salzmänn“ besteht jeweils etwa zur Hälfte aus Werkausgaben – vornehmlich Erstveröffentlichungen – und themenbezogener Forschungsliteratur. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Sekundärliteratur innerhalb des Gesamtbestandes der zahlreichen Münchner Bibliotheken umfassend dokumentiert ist (Bayerische Staatsbibliothek, Fachbereichsbibliotheken der Universität, Institut für Zeitgeschichte, Münchner Stadtbibliothek u.a.). Ein Titelverzeichnis zur Forschungsliteratur existiert jedoch genauso wenig wie zu den einzelnen Werkausgaben. Es liegt nur eine Liste von 77 Autorinnen und Schriftstellern sowie von Anthologien des Archivs vor (s. Anlage Nr. 7). Die Übersicht verweist auf 40 vollständige bzw. nahezu lückenlose Gesamtwerke in Erstausgaben. Dazu gehören u.a. Ernst Barlach, Max Brod, Lion Feuchtwanger, Marieluise Fleißer, Stefan Heym, Ödön von Horvath, Hermann Kesten, Irmgard Keun, Erich Maria Remarque, Joseph Roth, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Franz Werfel, Carl Zuckmayer, Arnold Zweig, Stefan Zweig. Zu der „sehr gut dokumentierten“ Primärliteratur zählen beispielsweise Bert Brecht, Elias Canetti, Alfred Döblin, Oskar Maria Graf, Erich Kästner, Annette Kolb, Else Lasker-Schüler, Heinrich Mann, Klaus Mann, Thomas Mann und Anna Seghers. Allerdings müssten diese Angaben in sicherlich noch umfangreichen bibliographischen Recherchen verifiziert werden. Eine Stichprobe hat ergeben, dass etwa die Münchner Stadtbibliothek circa 40 % der benannten

Erstausgaben verstreut in ihren Magazinbeständen besitzt. Die Zahl der Autorinnen und Schriftsteller, die in der NS-Zeit außer Landes ins Exil getrieben wurden, ist allerdings mit über 250 wesentlich höher als in der „Bibliothek Salzmänn“ dokumentiert. Trotzdem: Die Auswahl kann als repräsentativ gelten. Die Einmaligkeit der Sammlung besteht sicherlich in dem Umfang der Erstausgaben (auch während der Exilzeit erschienene Literatur). Die angesprochenen Einzelfragen sowie der tatsächliche Wert der Sammlung müssten noch in einem Fachgutachten geklärt werden.

2.

Verhandlungen mit Herrn Georg P. Salzmänn (s. S. 5)

Herr Salzmänn hat in den letzten Jahren Vorgespräche mit verschiedenen Institutionen zur Übernahme seiner Sammlung geführt, betonte aber auch, dass er sein Archiv selbst noch einige Jahre weiterführen möchte. Erste Kontakte erfolgten u.a. auch mit der Münchner Stadtbibliothek Ende 1999. Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem greifbaren Ergebnis, da eine mit Herrn Salzmänn vereinbarte, detaillierte Übersicht zu seinen Beständen nicht geliefert werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt war nur von einer geschlossenen Aufstellung und der freien Zugänglichkeit der Sammlung die Rede. Die Zentralbibliothek Am Gasteig präsentiert allerdings bis dato keine Spezialbestände im Freihandbereich, da ihr Auftrag als Mittelpunkt des kommunalen Bibliothekssystems darin besteht, umfassendes Grundlagenwissen zu allen Fachgebieten in möglichst vielfältigen Medienformen zu vermitteln.

In Verhandlungen mit dem Kulturreferat Ende 2001 erweiterten Herr Salzmänn und sein Berater Herr Kastner ihre Wünsche in wesentlichen Punkten:

- Mit dem Erwerb sollte die Bibliothek in eine neu zu gründende Stiftung eingebracht werden, in der neben Bund, Land, Kommune auch kompetente Fachleute und mögliche private Sponsoren vertreten sein sollten.
- Ferner müsste die gesamte Bibliothek katalogisiert, restauratorisch gepflegt und mit Zukäufen ergänzt und erweitert werden.
- Mit der Auflage der öffentlichen Nutzung sei auch eine personelle Betreuung der Sammlung zu verbinden.
- Im Rahmen der institutsähnlichen Organisationsform sollten neben einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit auch Forschungsbeiträge zu Werk und Biographie der Autorinnen und Autoren sowie zur Geschichte der NS-Literaturpolitik, insbesondere der Bücherverbrennungen, geleistet werden.
- Schließlich sei eine Kooperation und Vernetzung mit vergleichbaren Institutionen anzustreben.

3.

Öffentliche Zugänglichkeit als Präsenzbibliothek und entstehende Kosten (s. S. 6)

Ob ein so umfassender Auftrag, der den Vorstellungen von Herrn Salzmänn und Herrn

Kastner entspricht, an den Erwerb einer Spezialbibliothek zu binden ist und selbst von unterschiedlichen Trägern finanziert werden kann, muss aus der Sicht des Kulturreferats erheblich in Zweifel gezogen werden:

- Die reinen Erwerbungskosten der gesamten Bibliothek betragen – nach Aussage von Herrn Salzmann - mindestens 820.000 Euro. Hinzukommt der Aufwand für Katalogisierung und restauratorische Maßnahmen, der allein für die Primärliteratur eine Summe im unteren sechsstelligen Bereich erfordert. Die laufenden Betriebskosten eines Instituts mit entsprechendem Personal, Erwerbungs- und Forschungsetat können mit einer Mindestsumme von ca. 350.000 Euro pro Jahr angesetzt werden (Grundlage der Berechnung: Etat des ehemaligen Richard-Strauss-Instituts in München).

- Den Erwerb der „Bibliothek Salzmann“ mit der Neugründung eines eigenen Forschungsinstituts und zusätzlichen Personalstellen zu verbinden, erscheint schon angesichts der Münchner Gegebenheiten wenig sinnvoll: Die Thematik ist zunächst im Lehr- und Forschungsauftrag in den zuständigen Universitätsbereichen und im Institut für Zeitgeschichte verankert. So wird etwa das Institut für Zeitgeschichte 2002 eine umfangreiche „Geschichte des Buchhandels im Dritten Reich und in der Emigration“ veröffentlichen. Verwiesen sei auch auf die Münchner Stadtbibliothek, die in umfangreichen Ausstellungen zum Schwerpunktthema „Exilliteratur“ bereits ausführlich Leben und Werk etwa von Kurt Tucholsky, Stefan Zweig, Annette Kolb und Klaus Mann dokumentiert hat. Zu diesen Präsentationen sind umfangreiche Begleitbücher erschienen. Ferner fungiert auch die Monacensia der Münchner Stadt-Bibliothek als eine Anlaufstelle zur Exilforschung, da dort die Nachlässe von Exilschriftstellerinnen und –autoren zu finden sind (z.B. Oskar Maria Graf, Hermann Kesten, Annette Kolb, Klaus Mann, Max Mohr).

Zudem existiert schon seit 1970 in Hamburg eine „Arbeitsstelle für deutsche Exilliteratur“ (seit 2001 umbenannt in „Walter-A.-Berendsohn-Forschungsstelle für deutsche Exilliteratur“). Dieses Institut innerhalb der Hamburger Universität gibt neben zahlreichen Einzelveröffentlichungen auch die Fachzeitschrift „Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse“ heraus. Die angeschlossene Fachbibliothek (ca. 18.500 Bücher, Zeitschriften, Video- und Audiokassetten, Mikrofilm sowie Archivmaterialien) umfasst auch Primärtexte vorwiegend deutschsprachiger Exilautorinnen und –autoren, darunter zahlreiche Erstausgaben.

- Angesichts dieser Ausgangslage im Forschungsbereich und der sehr gut dokumentierten Sekundärliteratur zum Thema in Münchner Bibliotheken kann nur befürwortet werden, Teile der jetzigen „Bibliothek Salzmann“, soweit sie die Ausgaben der von den Nazis verfolgten Schriftstellerinnen und Autoren umfasst (ca. 5.000 Bände), mit in das künftige Münchner NS-Dokumentationszentrum zu integrieren. In einem solchen künftigen Zentrum besteht nicht nur der unmittelbarste thematische Bezug, es könnten auch optimale Präsentationsformen entwickelt werden, um die Problematik einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Da es sich vornehmlich um Erstausgaben handelt, wird

ein musealer Präsenzcharakter zu wahren sein. Mit einem (Teil-) Erwerb der Bibliothek auf weitergehende Forderungen einzugehen, kann nicht empfohlen werden.

4.

Kooperation mit anderen Interessenten (s. S. 6)

In die Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern über ein künftiges NS-Dokumentationszentrum sollte daher auch das Thema Dokumentations- und Forschungsarchiv „10. Mai 1933“ mit aufgenommen werden. Noch offene Fragen und der tatsächliche Wert der Sammlung müssen in einem detaillierten Fachgutachten geklärt werden.

Perspektiven und Handlungsbedarf

Mit dem oben (s. S. 6) beschriebenen Auftrag des Wissenschaftsausschusses des bayerischen Landtags vom 23.01.2002 an die Staatsregierung zur Erarbeitung eines wissenschaftlichen Konzepts für ein NS-Dokumentationszentrum und mit der gleichzeitigen Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit durch das Kultusministerium zusammen mit der Stadt München und anderen Beteiligten mit dieser Arbeit zu beginnen, hat sich die Idee eines Dokumentationszentrums erstmalig konkretisiert und ist realisierbar geworden. Der Freistaat hat damit u. E. anerkannt, dass es sich bei der Auseinandersetzung um Münchens Rolle als „Hauptstadt der Bewegung“ nicht allein um einen Aspekt der Münchner Stadtgeschichte handelt, sondern eine über die Regionalgeschichte hinausgehende thematische Schwerpunktsetzung erforderlich macht. Es wird also u.a. darauf ankommen deutlich zu machen, dass die in den 20er- und beginnenden 30er Jahren in München existierende spezifische Mischung aus reaktionärer Tradition, bürgerlichem Opportunismus, antimodernen Ressentiments und die Bereitschaft, sich von der Propaganda und der Gewalt der NS-Aktivisten faszinieren zu lassen, der Nährboden für den Erfolg Hitlers im ganzen Reich waren. Hier sammelten sich antidemokratische Kräfte als Gegenpol zum verhassten „Sündenbabel“ Berlin, hier fühlten sie sich in einem gegenrevolutionären, antiparlamentarischen Milieu wohl. Trotz der auch vorhandenen Gegenkräfte wurde München während der 30er Jahre Ort des permanenten politischen und gesellschaftlichen Schauspiels der braunen Herrscher und ihrer willfährigen Mitläufer und -gestalter. In München war der Sitz der Reichsleitung der NSDAP, für den Jahreszyklus der NS-Feiern war München mythische Stätte kultischer Festumzüge und 1938 wurde die Stadt durch das Münchner Abkommen zum Tatort der imperialistischen Außenpolitik Hitlers.

Diese Funktion Münchens für die „Bewegung“ aufzuzeigen, wird nach Ansicht des Kulturreferates eine der wichtigsten Aufgaben des künftigen Dokumentationszentrums sein und in den folgenden Monaten Eingang in die Konzeptarbeit finden müssen.

In den nächsten Wochen und Monaten müssen von der Stadt München, vom Freistaat Bayern und weiteren möglichen Kooperationspartnern Wege aufgezeigt und diskutiert werden, um ein für diese Stadt adäquates Konzept erstellen zu können. Damit die Rolle der Stadt in diesem Prozess eine eindeutige ist, muss das für die Verhandlungen zuständige Kulturreferat mit eindeutigen Kompetenzen und Vorgaben durch den Stadtrat ausgestattet werden. Diese lauten:

Die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums in der Nähe des Königsplatzes wird als außerordentlich wichtig, notwendig und überfällig erachtet.

Die Stadt muss in den künftigen Verhandlungen gleichberechtigter Partner der zuständigen staatlichen Behörden sein.

In der Debatte um das künftige Dokumentationszentrum wird geklärt, ob die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ von Herrn Salzmann konzeptioneller Bestandteil des neuen Hauses sein könnte.

Nach einer ersten Klärungsphase hinsichtlich der Konzepterstellung muss eine Festlegung zur Träger- und Bauherrenschaft des Hauses erfolgen.

Die Konstituierung eines unabhängigen Fach-Beirates wird als dringend erforderlich erachtet.

In den Prozess der Konzipierung des Hauses muss die Öffentlichkeit eingebunden werden, dies gilt auch für den BA 3/Maxvorstadt.

In den Verhandlungen der Stadt muss der Netzwerkgedanke eine große Rolle spielen. So muss berücksichtigt werden, dass im Münchner Stadtmuseum eine neue Abteilung zur NS-Geschichte München entsteht, die mit Sicherheit zum geplanten Haus in Beziehung gesetzt werden muss. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass das neue Jüdische Museum eine Rolle in diesem Netzwerk spielen wird. Zudem muss darauf geachtet werden, dass die künftigen topographischen Zeichensetzungen zur NS-Geschichte im öffentlichen Raum Teil des Netzwerks Dokumentationszentrum, Stadtmuseum und Jüdisches Museum sind.

Das Fachgebiet Stadtgeschichte im Kulturreferat hat sich als Querschnittsbereich etabliert und ist mit einer wachsenden Zahl von Aufgaben betraut. Die Tätigkeitsbereiche sind dabei nicht nur umfangreicher, sondern auch komplexer geworden, beispielhaft sind hier die aktuellen Stadtratsaufträge zu Geschichte und Erinnern im Öffentlichen Raum und zur Topographie wichtiger historischer Ereignisse in München zu nennen. Diese vorwiegend konzeptionellen Arbeiten sind mit den vorhandenen Programmmitteln und angesichts der gegebenen Personalausstattung bereits jetzt kaum mehr zu bewältigen. Die Betreuung der oben genannten Projekte sowie die Fach- und Koordinierungsaufgaben zum Dokumentationszentrum, die inhaltlich zusammenhängen, erfordern daher die Zuschaltung einer Stelle in Verg.Gr. III BAT (Historiker) sowie die Ausweitung der Teamassistenz um 10 Wochenstunden und machen die Aufstockung des Personalbudgets um € 70.590 so-

wie eine Erhöhung der Programmmittel um € 80.000 notwendig. Die entsprechenden Anmeldungen wurden für den Haushalt 2003 vorgenommen.

4. Finanzierung

Der aus dem Kulturbudget nicht finanzierbare Mehrbedarf von € 80.000 für Sachmittel und € 70.590 für Personalkosten wurden als Sonderbewertung zum Haushalt 2003 angemeldet. Im Chefgespräch am 10.05.2002 konnte hierüber keine Einigung erzielt werden. Diese Angelegenheit ist demnach als Dissens in der Vorlage der Stadtkämmerei zum Eckdatenbeschluss enthalten.

5. Abstimmungen

Die Vorlage ist mit dem Planungsreferat, den Städtischen Bibliotheken, dem Personal- und Organisationsreferat und der Stadtkämmerei abgestimmt. Das Personal- und Organisationsreferat sowie die Stadtkämmerei sind mit der Vorlage nicht einverstanden. Die entsprechenden Stellungnahmen liegen als Anlage 8 und 9 bei. Zur Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates ist anzumerken, dass nicht nur die Fach- und Koordinierungsaufgaben zum NS-Dokumentationszentrum, sondern auch inhaltlich zusammenhängende Aufgaben (u.a. Gesamtkonzept „Geschichte und Erinnern im öffentlichen Raum“, Topographie wichtiger historischer Ereignisse in München) die Schaffung einer zusätzlichen Stelle begründen. Die genannten Großprojekte können – auch aus arbeitsrechtlicher Sicht - nicht im Rahmen eines Werkvertrags abgewickelt werden, lediglich für vorbereitende Konzeptarbeit in der Vorlaufphase für das NS-Dokumentationszentrum konnte ein Berater auf Werkvertragsbasis gewonnen werden.

Die Korreferentin des Kulturreferats, Frau Stadträtin Sabathil, sowie der Bezirksausschuss des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt haben Kenntnis von der Vorlage.

II. Antrag der Referentin:

1. Der Sachstand zum Thema Dokumentationszentrum wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Kulturausschuss wird in dieser Angelegenheit regelmäßig informiert. Die nächste Unterrichtung erfolgt bis spätestens Dezember 2002.
2. Die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums in der Nähe des Königsplatzes wird für wichtig, notwendig und überfällig erachtet.
3. Die Stadt muss in den künftigen Verhandlungen mit dem Freistaat gleichberechtigter Partner sein.
4. Im Rahmen der inhaltlichen Diskussion wird geklärt, inwieweit die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ konzeptioneller Bestandteil des Dokumentationszentrums sein kann.
5. Nach einer ersten Vorbereitungsphase hinsichtlich einer Konzepterstellung muss eine Festlegung zur Träger- und Bauherrenschaft des Hauses erfolgen. Hierzu sollte baldmöglichst ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und den zuständigen bayerischen Ministern erfolgen.
6. Die Konstituierung eines unabhängigen Fach-Beirates wird als dringend erforderlich erachtet. Ein möglicher Besetzungs-Vorschlag wird bis zur nächsten Stadtratsbefassung erarbeitet.
7. In den Prozess der Konzipierung des Hauses muss die Öffentlichkeit und der BA 3/Maxvorstadt, eingebunden werden. Wie dies am besten geschehen kann, muss in den nächsten Monaten geklärt werden.
8. In den Verhandlungen der Stadt mit dem Freistaat muss darauf geachtet werden, dass die neue NS-Abteilung im Münchner Stadtmuseum, das künftige Jüdische Museum, die Zeichensetzungen im öffentlichen Raum (z.B. „Geschichtsmeile“) und das NS-Dokumentationszentrum inhaltlich aufeinander Bezug nehmen und ein entsprechendes Netzwerk konstituieren.
9. Das Budget des Kulturreferates wird im Rahmen des Eckdatenbeschlusses für 2003 dauerhaft um Sachkosten von 80.000 Euro (bei HST 3550.601.0900.4 „Sonstige Volksbildung, Stadtgeschichte) und um Personalkosten von 70.600 Euro (bei HST 3000.490.0000.7 „Kulturpflege (Verwaltung), Dienstbezüge“ erhöht.

10. Die Anträge Nr. 2208 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN /RL vom 08.09.2000, Nr. 5469 und Nr. 7068 des Bezirksausschusses des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 12.12.2000 bzw. vom 12.03.2002, Nr. 2390 von Herrn Stadtrat Fricke vom 12.12.2000, Nr. 3541 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 30.01.2002 und Antrag Nr. 3146 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 30.08.2001 sind damit geschäftsordnungsmäßig behandelt.

III. Beschluss:

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand entscheidet endgültig die Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende:

Die Referentin:

Ude
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Dr. Hartl
Berufsm. Stadträtin

- IV. Abdruck von I. bis III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)
-

Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.

2. Abdruck von I. mit V.

an FG 10

an das Direktorium-Stadtarchiv
an die Direktion des Münchner Stadtmuseums
an Städt. Galerie Lenbachhaus
an Kommunalreferat
an Baureferat
an Planungsreferat
an das Direktorium-HA II/V
(Az.: HA II-V/1 452/N-00/1, 024/51-403 A-5469, HA II-V/1 452/N-00/2, D-HA II/V 1
450/D-02/1)
an StD
an GL-2
an den Vorsitzenden und die Fraktionssprecher/innen des BA 3 Maxvorstadt (8x)

mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt

München, den

Kulturreferat

I. A.